

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariusstraße 38/40.
Verlag von Hiesig & Reichardt in Dresden.
Polisch-Antik 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15./9. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Mark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die Spalte 30 mm br. Zeile 30 A. L. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 A. außerh. 20 A. die 90 mm br. Reklamazeile 150 A. außerh. 300 A. Offertengebühr 10 A. Klaus. Anträge gep. Vorzugsgebühr Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unversengte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<h2>Hotel Bellevue</h2>	Nachmittag-TEE mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekannt vornehme Tafelmusik. Festsäle mit Konferenzzimmer.	Jeden Mittwoch Abend Reunion
-------------------------	--	--

Abschluß der Juristen-Konferenz.

Vorstellungen des deutschen Gesandten wegen schwerer Grenzverletzung in Westpreußen. Abschiebung Deutscher aus Oesterreich? — Die spanischen Truppen an der Marokkofront schwer bedrängt. — v. Schlieben zum Steuerwerk.

Ablehnung des deutschen Standpunktes zur Sanktionsfrage.

Verzögerung der Konferenz der Außenminister.
(Durch Funktelegraph.)
London, 5. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die juristischen Sachverständigen haben gestern ihre Arbeit zum Abschluß gebracht. Eine vollständige Übereinstimmung unter den Sachverständigen konnte nicht erwartet werden, da die Aufgabe der Besprechungen ein freier Meinungsaustrausch war mit dem Ziele, die kritischen Fragen zu erforschen und zu formulieren. Es scheint jetzt zweifelhaft, ob die geplante Zusammenkunft der Außenminister noch vor dem Ende der Völkerbundssitzung stattfinden wird. Es könnte angenommen werden, daß die deutsche Forderung, jeden Konflikt an den Völkerbund zu verweisen, ausgenommen in einem Falle offensichtlichen Angriffes, nicht allgemeine Annahme gefunden habe. (W.F.B.)

Englisch-französischer Gegenstoß in der Baktfrage.

Berlin, 5. Sept. Im „D. Z.“ wird aus Genf über den Standpunkt Englands zu einem Sicherheitspakt berichtet, daß bei aller Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund, zu deren Erfüllung England bereit sei, es aber unter keinen Umständen und aus keiner Veranlassung in einen Krieg eintreten oder seine Streitkräfte zur Verfügung stellen wolle, ohne daß die öffentliche Meinung Englands, d. h. das Parlament, sowie die öffentliche Meinung der Dominions sich in diesem Sinne ausgesprochen habe. Bis zu diesem Punkte wolle Großbritannien bei aller Anerkennung seiner Völkerbundspflichten unbedingt freie Hand behalten.
Wenn Frankreich auf die Unterdrückung Großbritanniens rechnen, müsse es sich dazu verstehen, seine Ansprüche auf separate Vorgehen zurückzuziehen, und darauf verzichten, im Falle eines Angriffes der alleinige Richter sein zu wollen.
Man sei sich in britischen Kreisen darüber klar, daß Deutschland den Pakt nicht unterzeichne, solange Frankreich den Anspruch aufrechthalte, in einem Streitfalle, der etwa zwischen Polen und Deutschland entstehe, den Richter zu stellen, und solange es auf dem Standpunkte verharre, daß kein Schiedsvertrag zu einer Revision des Versailles

Der Reichsschulgesetzentwurf und der Vorstoß Dr. Wirths.

Ereignisse, die im ersten Augenblick als Überraschung wirken, erhalten manchmal durch einen späteren Vorgang eine Aufklärung, aus der man den inneren Zusammenhang erkennt. Eine solche Verknüpfung besteht offenbar auch zwischen dem Ausscheiden Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion des Reichstages und dem Reichsschulgesetzentwurf, dessen vorzeitige Veröffentlichung — er sollte erst nach den Länderregierungen zur Begutachtung vorgelegt werden — auf eine der heutzutage scheinbar unvermeidlichen Indiskretionen von eigentlich zur Verschwiegenheit verpflichteten amtlichen Stellen zurückzuführen ist. Dieser Entwurf ist der Linken geradezu ein Orkus. Vor allem die sozialdemokratische Presse ist darüber in die heftigste Erregung geraten und verdammt ihn in Grund und Boden. Er durchbrüche, so wird ausgeführt, die staatliche Schulhoheit, sei der Anfang vom Ende der Staatschule, beseitige die ausschließliche Hoheitsaussicht zugunsten einer gewissen kirchlichen Schulaufsicht und richte sich gegen die Vorkenntnisschule und die konfessionelle Bindung des Unterrichts in ihr. Die sozialistischen Vertreter der religionslosen weltlichen Schule sind namentlich erboht darüber, daß außer dem Religionsunterricht auch der gesamte sonstige Unterricht und die Erziehungsarbeit in der Volksschule vom Welle des Bekenntnisses getragen sein sollen, und daß im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule vorgeschrieben wird. Weiter wird bemängelt, daß sich der Staat zu einer konfessionellen Lehrerbildung verpflichte, und daß Vertretern der Religionsgesellschaften in der örtlichen Schulverwaltung Sitz und Stimme eingeräumt wird. Kurzum, auf sozialdemokratischer Seite läßt man an dem Entwurf kein gutes Haar und ruft zum schärfsten Kampfe gegen die darin niedergelegten Anschauungen und Absichten auf. Natürlich haben die linksradikalen Gegner einer religiösen Durchdringung des Schulunterrichts schon vor der Veröffentlichung der genauen Einzelheiten der Vorlage über ihren ungefähren Inhalt die Glocken läuten hören und nicht erst seit gestern über die Mittel beraten, wie die Verabschiedung des Gesetzes verhindert werden könnte. Dabei mußten sie sich von vornherein völlig klar darüber sein, daß es mit dem Reichsschulgesetz genau so gehen wird, wie mit den Steuer- und Zollvorlagen, wenn das Zentrum bei der Stange bleibt. Daß diese Erkenntnis auf sozialdemokratischer Seite vorhanden ist, zeigt die Behauptung der Parteipresse, zwischen dem jetzigen Schulentwurf und der Zustimmung des Zentrums zu den Zoll- und Steuer- gesetzen bestehe insofern eine Verbindung, als die konfessionelle Schule der dem Zentrum zugeschriebene Preis dafür sei, daß dieses sich für die Niederwerfung der Obstruktion im verflochtenen Reichstage zur Verfügung gestellt und an der Vollendung des großen Steuer- und zollpolitischen Gesetzgebungs- werkes mitgeholfen habe. Die Linke sieht also selbst ein, daß gegen die geschlossene Front der Rechten nichts zu machen ist, ausgenommen, wenn das Zentrum gesprengt oder aus neuem nach links hinübergezogen werden könnte. In dieser Beleuchtung erscheint die Aktion Dr. Wirths als ein wohlberednetes linksradikales Manöver, um durch eine Unterwählung des Zentrums die Koalition im Reiche zu sprengen, die Regierung Luther zu kürzen und den Schulgesetzentwurf zu Fall zu bringen.

Die Konferenz der Außenminister beschlossen.

Eine Konferenz der Eminenten in Genf.
(Durch Funktelegraph.)
Genf, 5. Sept. Die Schweizerische Depeschagenatur meldet: Der französische Ministerpräsident Painlevé, der französische Außenminister Briand, der englische Außenminister Chamberlain und der belgische Außenminister Vanderwerde sind gestern zu einer Besprechung zusammengetreten, die, wie aus guter Quelle verläutet, dem Stande der Verhandlungen über den Sicherheitspakt gewidmet waren. Es wurde grundsätzlich beschlossen, mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann eine persönliche Besprechung abzuhalten. Zeitpunkt und Ort der Zusammenkunft sind noch nicht bestimmt, jedoch glaubt man, daß diese Konferenz nicht schon in den nächsten Tagen, sondern an einem späteren Zeitpunkt stattfinden wird. (W.F.B.)

Deutschland protestiert in Warschau.

Die deutschen Gegenmaßnahmen.

Berlin, 5. Sept. Hinsichtlich der polnischen Grenzverletzungen gegen Ostpreußen ist der deutsche Gesandte in Warschau bereits gestern mit Vorstellungen bei der polnischen Regierung beauftragt worden. Der Präsident des Reiches Markgraf vertritt auf dem Wege über die preussische Regierung um genaue Feststellung der Zwischenfälle ersucht worden. Nach neuerer Meldung ist die polnische Kavallerieabteilung etwa eine halbe Stunde weit trotz der Proteste der Grenzbeamten in preussisches Gebiet hineingedrungen.

Der polnische Amtsvorsteher im Kreise Stuhm

Berlin, 5. Sept. An der Verhaftung des polnischen Grafen Donemirski zum preussischen Amtsvorsteher im Kreise Stuhm erfährt die Telegraphen-Union von gut-unterrichteter Seite: Graf Donemirski hatte seit Jahren den Posten des stellvertretenden Amtsvorstehers im dortigen Kreise bekleidet, ohne daß über seine Amtsführung eine Klage laut geworden ist. So lag gegen seine Verhaftung zum Amtsvorsteher, die noch in einer Zeit erfolgte, als die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der polnisch-deutschen Spannung nicht unbegründet war (!), kein triftiger Grund vor, da die Tatsache, daß Graf Donemirski Pole ist, allein nicht genügt. Die Verhaftung des Kreises Stuhm wird im übrigen überwiegend als polnisch bezeichnet.

Daß so etwas von „gut-unterrichteter Seite“ erklärt werden kann, ist ein Skandal, denn niemand kann nach dem Ergebnis der Abstimmung in Westpreußen auch nur mit einem Schein der Berechtigung von einem Ueberwiegenden des Polentums in irgendeiner Gegend Westpreußens sprechen. Sonst hätte die Entente, die sogar mit den fünf Weichselbürgern deutsche Orte von Deutschland losriß, keinen Augenblick gezögert, einen „überwiegend polnischen“ Kreis Polen zuzugeben. Auch daß man die feinerzeitige Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Spannung mit Polen anführen zu

können glaubt, zeigt die gefährliche Einstellung besonders der preussischen Regierung gegenüber Polen. Nichts kann uns darüber täuschen, daß in den deutschen Minderheitsgebieten slavischer Staaten den Deutschen kaum irgendeine Ver- tätigungsfreiheit gelassen wird, geschweige denn, daß man sie zu verantwortlichen Regierungsämtern zuläßt. Das Verhalten der Regierung Seegering im Kreise Stuhm fordert darum die allerhöchste Kritik heraus.

Schneidemühl erwartet weiter Oplanten aus Polen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Schneidemühl, 5. Sept. Die deutschen Oplanten sind mit wenigen Ausnahmen untergebracht. Die zu Anfang Oktober angekündigten neuen Oplantenschiffe aus Polen sind bisher nicht abgesetzt worden, so daß der Bereitschaftsdienst des Roten Kreuzes bestehen bleibt. Beschämend ist der klägliche geringe Eingang von Unterstützungsgeldern aus dem Reiche. Die Gesamtsumme hat noch nicht 100 000 Mk. erreicht.

Auch wirtschaftlich keine Entspannung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 5. Sept. In den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist die erwartete Entspannung bis heute nicht eingetreten. In Berlin liegen Meldungen aus Warschau vor, wonach der polnische Kabinettsrat gestern beschlossen hat, von den Bedingungen hinsichtlich des ostber- schlesischen Kohlenkontingents nicht abzugeben. Wie hiernach die in der neuen Woche wieder beginnenden Handelsvertrags- verhandlungen zu einem Erfolge kommen sollen, ist nicht abzusehen.

Neue polnische Briefkasten in Danzig.

Nach vor der Völkerbundsentscheidung.
Danzig, 5. Sept. Im Stadtgebiete haben die Polen wieder zwei Briefkästen anbringen lassen, bevor die Entscheidung in Genf gefallen ist. Im Hafengebiet sind im letzten Monat 18 Grundstücke in polnischen Besitz übergegangen.

Selbstverständlich hat man Dr. Wirth nicht mit dürren Worten gesagt, daß er als Totengräber des Reichsschulgesetzentwurfes benutzt werden solle. Man hat nur hinter den Kulissen die linksradikalen Einflüsse, denen er so leicht zugänglich ist, stark auf ihn spielen lassen und ihn suggestiv in dem Sinne beeinflusst, daß er dazu berufen sei, das Zentrum aus der Rechtsrumklammerung zu retten und es „zu den alten, bewährten Linksgrundrissen“ zurückzuführen. Dr. Wirth hat denn auch prompt auf diese Anregungen reagiert und sich bereit, die Meinung zu widerlegen, daß es sich bei seinem Schritte nur um eine impulsive Augenblicksmaßnahme gehandelt habe. In der von ihm abgegebenen Erklärung zu seinem Austritt aus der Reichstagsfraktion erklärt er u. a.: „Nicht um ein flackerndes Feuer anzuzünden, das rasch vergeht, ist dieser Schritt unternommen worden. Unsere Auseinandersetzung dreht sich nicht nur um die Frage der Unabhängigkeit des Zentrums im Reiche nach allen Seiten hin, sondern auch um